LernenvorOrt
Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

Stadt Leipzig

2. Bildungspolitische Stunde des Stadtrates am 20. Juni 2012

22/12

Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule
Amt für Jugend, Familie und Bildung

2. Bildungspolitische Stunde des Leipziger Stadtrates am 20. Juni 2012

Herausgeber: Stadt Leipzig, der Oberbürgermeister

Amt für Jugend, Familie und Bildung, Stabsstelle „Lernen vor Ort“

1. Auflage 2012

Verantwortlich: i.S.d.P.: Siegfried Haller

Titelfoto: Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung

Satz: wpunktw

Verlag: Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung

Druck: Stadt Leipzig/Zentrale Vervielfältigung

Fotos und Abbildungen: Stadt Leipzig

Redaktionsschluss: 25. Juli 2012

Anschrift: Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung
Naumburger Str. 26, 04229 Leipzig

Telefon: 0341 1234641, Fax: 0341 1234484

E-Mail: jugend-familie-bildung@leipzig.de

Internet: http://www.leipzig.de/jugendamt

Vervielfältigungen, auch auszugsweise, sind nur mit Quellenangabe gestattet.

Es gilt das gesprochene Wort.

Inhaltsverzeichnis

1.	Rede des Oberbürgermeisters Burkhard Jung	4
2.	Rede des Stadtrates Stefan Billig, CDU-Fraktion	6
3.	Rede der Stadträtin Margitta Hollick, Fraktion DIE LINKE	8
4.	Rede der Stadträtin Ute Köhler-Siegel, SPD-Fraktion	11
5.	Rede des Stadtrates Norman Volger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	13
6.	Rede des Stadtrates Dr. Michael Burgkhardt, Bürgerfraktion	16
7.	Rede des Stadtrates René Hobusch, FDP-Fraktion	18
	Anlage: Bildungspolitische Leitlinien	20

1. Rede des Oberbürgermeisters Burkhard Jung

Oberbürgermeister Burkhard Jung

Ich freue mich, heute unsere 2. Bildungspolitische Stunde eröffnen zu dürfen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir den bildungspolitischen Austausch, den wir vor einem Jahr begonnen haben, fortführen. Die Stadt Leipzig hat spätestens mit dem Projekt „Lernen vor Ort“ einen Diskurs um das Thema Bildung eröffnet. Unser Schwerpunkt liegt in der Koordination der unterschiedlichen Aufgaben und Zuständigkeiten und in der Einbeziehung aller Bildungsakteure innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung: Dies ist eine immense Aufgabe! Und, wir können sagen: Wir waren bisher sehr erfolgreich. Erst jüngst hat uns das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung bestätigt, dass die im Rahmen von „Lernen vor Ort“ in Leipzig geleistete Arbeit bundesweit vorbildlich ist und eine weitere Förderung zugesagt. Hierfür meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Projekt!

Bildung ist so viel! Sie ist – natürlich – die Befähigung, im Erwerbsleben seine Frau und seinen Mann zu stehen. Sie ist also Qualifikation für den Arbeitsprozess. Sie ist aber auch Quelle humaner Selbstbestimmung. Denn: Nur wer „durchblickt“, wer also über Wissen verfügt, kann mitreden! Bildung ist damit die Grundvoraussetzung für Mündigkeit und demokratische Beteiligung. Bildung wird zu einem wesentlichen Baustein erfolgreicher Stadtentwicklung, wenn es uns gelingt, Bildung als einen Leitgedanken und ein Querschnittsthema zu profilieren und dies gemeinsam mit allen Partnern unserer Stadtgesellschaft zu tun. Das Papier, das wir heute mit Ihnen diskutieren und verabschieden wollen, die „Bildungspolitischen Leitlinien“, versucht allen Facetten der Bildungsarbeit gerecht zu werden. Es befindet sich deshalb zugegebenermaßen auf einem hohen Abstraktionsniveau. Denn wir wollen nicht das eine gegen das andere ausspielen: Ausbildung gegen Bildung, Qualifikation gegen Persönlichkeitsentwicklung, Arbeitsmarkt gegen ästhetische Erziehung. Nichts ist dümmer als diese scheinbaren Widersprüche! Wir verfolgen einen integrierten Bildungsansatz, indem sich die menschlichen Fähigkeiten ergänzen, bestärken und stimulieren. Und wir wollen dies tun mit Blick auf die sehr unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen für die Teilnahme an Bildungsprozessen. Es geht um drei bildungspolitische Ziele. Wir wollen erstens Bildungsbeteiligung allgemein fördern und zugleich auf die stadtteilspezifischen Bedingungen ausrichten. Wir wollen zweitens Ausgrenzung verhindern und Teilhabehemmnisse ab-

bauen. Die soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Situation in den einzelnen Stadtteilen bringen sehr unterschiedliche Anforderungen an die Ausgestaltung und Vernetzung von Bildung hervor. Drittens wollen wir die Entwicklung der Bildungslandschaft als einen zentralen Teil der integrierten Stadtentwicklung gezielt angehen und profilieren. Ein Ziel eint uns über alle Differenzen hinweg: Leipzig will seinen Bürgerinnen und Bürgern eine umfassende Bildung ermöglichen.

Vor etwa einem Jahr haben sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung, der Sächsischen Bildungsagentur, der Kammern, der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters und der Hochschulen gemeinsam mit Leipziger Bürgerinnen und Bürgern auf den Weg gemacht, die nächsten Schritte bei der Gestaltung der Leipziger Bildungslandschaft zu diskutieren. Im Ergebnis entstanden die Ihnen vorliegenden „Bildungspolitischen Leitlinien“. Sie sind Bestandsaufnahme wie Zielorientierung, Arbeitsauftrag wie Vision. Sie reflektieren intensive Gespräche im „Steuerungskreises »Lernen vor Ort«“ , dem ich selbst angehöre, der „Lenkungsgruppe »Lernen vor Ort«“, in der alle wichtigen Bildungsakteure unserer Stadt vertreten sind und zweier großer Podiumsdiskussionen und eines Workshops „Bildungspolitik vor Ort – Zukunft gestalten“ mit Leipziger Bürgerinnen und Bürgern. Die „Bildungspolitischen Leitlinien“ orientieren sich an der strategischen Ausrichtung der Kommunalpolitik. Sie setzen an den zentralen Herausforderungen an, denen sich Leipzig im Bildungsbereich zu stellen hat. Besonders drei Problemfelder lassen sich aktuell identifizieren. Das erste sind die Hürden an Übergängen. Dass Übergänge kritische Schwellen im Verlauf einer Bildungsbiografie darstellen, zeigt sich bereits beim Schuleintritt sehr deutlich am Problem der Rückstellungen oder der Einschulung in Förderschulen. Die in Leipzig zurückgestellten Kinder werden später überdurchschnittlich häufig in Förderschulen unterrichtet. Ein zweites Problemfeld ist die sozialräumliche Ausgrenzung. Schulstandorte mit unterdurchschnittlichen Anteilen gymnasialer Bildungsempfehlungen sind überwiegend in Leipziger Ortsteilen zu finden, in denen die Bedingungen des Aufwachsens von sozialer Benachteiligung geprägt sind. Ein drittes Thema betrifft den Schulabbruch. Leipzig hat eine überdurchschnittliche Quote Jugendlicher ohne Schulabschluss. Darunter sind häufig junge Männer und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Ein räumlicher Zusammenhang zu sozial benachteiligten Stadtquartieren lässt sich nachweisen. Diese Defizite fordern uns heraus. Hier wird sich entscheiden, ob Bildungsbiografien gelingen. Die Handlungsansätze unserer Leitlinien antworten deshalb gerade auf diese Problemfelder.

Die „Bildungspolitischen Leitlinien“ stehen in engster Beziehung mit verabschiedeten oder aktuell diskutierten stadtpolitischen Dokumenten wie dem „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“, den „Seniorenpolitischen Leitlinien“, den „Leitlinien zur Integration der Migrantinnen und Migranten“, sowie Grundsätzen der „Erklärung zur Familienfreundlichkeit“. Zugleich bestehen Bezüge zu landesweiten Zukunftskonzepten, wie dem Strategiepapier „Bildung 2020 – Fachkräfte für die Wirtschaft“ der Kammern. Die Leitlinien greifen die in den bestehenden Strategiepapieren hervorgehobenen Aspekte – z. B. die Beschäftigungspolitik – auf, umfassen jedoch die gesamte Bildungsbiografie. Wie soll es nun nach der Verabschiedung der „Bildungspolitischen Leitlinien“ weitergehen? In einem ersten Schritt geht es darum, den Leitlinien konkrete Maßnahmen zuzuordnen. Ich bin sicher: Mit den Bildungspolitischen Leitlinien verfügen wir über ein stadtpolitisches Dokument, das die enorme Bedeutung der Bildung in der globalen Wissensgesellschaft unterstreicht. Hiermit können wir uns ohne Frage im Konzert der großen deutschen und europäischen Städte sehen lassen. Und in unsere Verwaltung hinein gesprochen: Bildung ist eine Gestaltungsaufgabe, die eine Verantwortungsgemeinschaft aller unserer Ressorts erfordert. Bildung in der Kommune heißt vor allem: Einem neuen Willen zur Bildung den Weg bahnen. Mit den „Bildungspolitischen Leitlinien“ sind wir auf diesem guten Weg. Und daher darf ich am Ende meiner Ausführungen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Projekts „Lernen vor Ort“ meinen großen Dank aussprechen.

2. Rede des Stadtrates Stefan Billig, CDU-Fraktion

Stadtrat Stefan Billig, CDU-Fraktion

Das von der Bundesregierung initiierte Programm „Lernen vor Ort“ hat in Leipzig zu Aktivitäten geführt, in deren Folge auch die hier vorgelegten „Bildungspolitischen Leitlinien“ entstanden sind. So kam es zu einem fast philosophisch zu nennenden Text, der eindrucksvoll die Welt des lebenslangen Lernens, des inklusiven Lernens, des sozial gerechten Lernens beschreibt. Abgesehen vom stellenweise belehrenden und außerordentlich pathetischen Tonfall, der insbesondere in der Präambel auffällt, und Binsenweisheiten, die regelmäßig im Text auftauchen, wird zu den Voraussetzungen, die eine Realisierung der Leitlinien erst ermöglichen, d. h. zur Finanzierung dieser Bildungslandschaft, keine Stellung bezogen.

Es ist die Frage zu diskutieren, ob die Fachkonzepte der Ämter, also Schulentwicklungsplan, Integriertes Stadtentwicklungskonzept (SEKo), Kindertagesstättenbedarfsplanung, Jugendhilfefachplanung, Altenhilfeplan, Kulturentwicklungsplan usw., nicht bereits klare Handlungsvorgaben geben, so dass es der Bildungspolitischen Leitlinien in dieser Form eigentlich gar nicht bedarf.

Zur Bezeichnung „Leipziger Bildungsakteure“ ist zu fragen: Wer sind diese Personen, die sich um das Lernen der Bürger vom Säugling bis zum Greis kümmern sollen? Dazu kommt noch der sogenannte ganzheitliche Bildungsbegriff. Vielleicht wäre hier eine etwas einfachere Ausdrucksweise hilfreich. Sonst klingt das Ganze ein bisschen nach Bildungs-Utopia. So wird der Blick auf die wirklich wichtige Gestaltung der Bildungsübergänge, die Frage der Bildungsabbrüche und die Sicherung des Schulerfolges verstellt.

Die Leitlinie 5 beschäftigt sich mit der Familie als Bildungspartner. Sicher ist es richtig, die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens zwischen Vater und Mutter, Freund und Freundin, Partner und Partnerin mit Kindern zu berücksichtigen, zumal die alternativen Formen des Zusammen- oder Nichtzusammenlebens leider im Ansteigen begriffen sind. In einer Leitlinie, die Familien als Bildungspartner sieht, sollte aber doch auf das Grundgesetz hingewiesen werden, das Ehe und Familie unter seinen Schutz stellt. Dann erübrigt sich auch die Formulierung, dass Familien auch weiterhin die Schlüsselrolle bei der Entwicklung ihrer Kinder auch im Bildungsbereich einnehmen. Wer denn sonst? Die

bereits viel zitierten Bildungsakteure werden doch nicht so verwegen sein, auch hier helfend einzugreifen. Statt dessen sollte in dieser Leitlinie darauf hingewiesen werden, wie wichtig Gesundheitsprävention und Prophylaxe für die Heranwachsenden sind und dass die regelmäßige Teilnahme an den empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen hilft, rechtzeitig Defizite in der körperlichen und geistigen Entwicklung aufzudecken und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Hier liegt der eigentliche Sinn einer Leitlinie: auf gesicherter wissenschaftlicher Basis Konsequenzen für ein effektives Handeln abzuleiten. Vielleicht sollte auch noch einmal überprüft werden, wie man überhaupt zum Begriff „Leitlinie“ steht. Dass die Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden sollen, wie geschrieben wird, ist sicher die vornehme Umschreibung für fehlende Kitaplätze und teilweise marode Schulen.

In der Leitlinie 7 wird nochmals auf die Leipziger Bildungsakteure als Verantwortungsgemeinschaft abgehoben, die an den Herausforderungen im Bildungsbereich arbeiten. Dieser Satz und die folgenden könnten die Vermutung aufkommen lassen, dass es sich hier um einen Geheimbund handelt, der zum Bildungswohl der Leipziger Bürger arbeitet. In der Anlage 2, den exemplarischen Handlungsansätzen, wird dann im Prinzip bestätigt, dass die bereits vorhandenen Fachpläne der Ämter schon ausreichend Handlungsempfehlungen geben. Jetzt sollte man sich entscheiden, wo man hinwolle. Es ist zu fragen, was derart blumig formulierte Leitlinien noch erreichen sollen. Die bunte Vielfalt in den Leitlinien verstellt ein wenig den Blick darauf, was zu den Pflichtaufgaben und Kernkompetenzen der Stadt Leipzig gehört. Die Stadt Leipzig ist zuallererst kommunaler Schulträger und somit zuständig für baulichen Erhalt, Sanierung und Neubau von Schulen, zuzüglich solcher Aufgaben wie das Vorhalten nichtpädagogischen Personals, die Schülerbeförderung usw. Die Verbindung dazu hätte durchaus rechtzeitig in Leitlinienform geknüpft werden können, Leipzig ist schließlich keine Außenstelle des Kultusministeriums in Dresden. Als Schulträger ist die Stadt Leipzig also verantwortlich für die gewissermaßen materiell-technische Basis der Bildung. Von den profanen Problemen dieser materiell-technischen Basis ist in den Leitlinien nirgendwo die Rede, vom philosophischen Überbau dafür um so mehr. Somit weisen die Bildungspolitischen Leitlinien eine bedenkliche Schieflage auf, was Basis und Überbau betrifft.

Die CDU-Fraktion ist durchaus der Meinung, dass Leitlinien auf dem Gebiet der Bildung und Wissensvermittlung erstellt werden können. Wer heute davon nicht positiv redet, steht sowieso gleich außen vor. Die CDU-Fraktion will auch positiv davon sprechen, aber dazu müssen die Tatsachen ganz konkret auf den Tisch, und es dürfen nicht nur unbestimmte Punkte zur Nichthandlungsweise mitgeteilt werden.

Die CDU-Fraktion wird mehrheitlich den Leitlinien zustimmen. Sie geht davon aus, dass rechtzeitig, vielleicht auch aufgrund der Erklärungen, die im Stadtrat abgegeben werden, eine wirkliche Diskussion darüber geführt wird, was man mit den Leitlinien will und wie deren Inhalt auszusehen hat, damit dann entsprechend gehandelt werden kann.

3. Rede der Stadträtin Margitta Hollick, Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Margitta Hollick, Fraktion DIE LINKE

Mit der heutigen Ratsversammlung haben wir eine neue Qualität im Diskurs zum Thema Bildung. Wir werden „Bildungspolitische Leitlinien“ beschließen, die von einer integrierten und ganzheitlichen Betrachtung ausgehen. Mit dem Programm „Lernen vor Ort“ soll Innovationspotenzial zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bildungswesen freigesetzt und erfolgversprechende Kooperationsmodelle erschlossen werden. Das Programm wendet sich sehr stark an die Politik auf allen Ebenen. Bildungspolitische Stunden sind ein Resultat dessen. Vor 14 Monaten hatten wir die erste „Bildungspolitische Stunde“ im Stadtrat. Heute wird diese Tradition mit der vermutlichen Verabschiedung der Bildungspolitischen Leitlinien fortgesetzt.

Was sind die Leitlinien? Leitlinien sind systematisch entwickelte Feststellungen (Thesen) hier mit dem Ziel, Visionen und Werte für die Gestaltung der Leipziger Bildungslandschaft auf zu zeigen und Zielvorstellungen für das kommunale Handlungsfeld Bildung zu formulieren. In der Vorlage heißt es: „ihre wesentliche Gelingensbedingung ist im abgestimmten Zusammenwirken der Leipziger Bildungsakteure“ zu finden. Ich formuliere direkter: Die Wirksamkeit und der Nutzen dieser Leitlinien hängen von deren Qualität ab, vom Zusammenwirken von Politik und Verwaltung und vom ressortübergreifenden Denken und Handeln innerhalb der Verwaltung. Der Erarbeitung der sieben Leitlinien gingen Diskussion, Foren und viele Gespräche voraus, wichtig ist, dass die Leitlinien nicht starr sind, sondern in bestimmten Abständen aktualisiert und regelmäßig angepasst werden sollten. Die sieben Leitlinien sind in einer einfachen Sprache formuliert. Ich finde das gut. Anderen ist es vielleicht zu allgemein. Eine der nächsten Aufgaben wird sein, für jede Leitlinie exemplarische Handlungsansätze z. B. in Workshops mit den verschiedenen Akteuren zu erarbeiten. Hier wird auch unsere Mitarbeit als Stadträte gefragt sein.

Unsere Fraktion setzt sich für Bildungsgerechtigkeit ein und die ist nur gegeben, wenn alle Menschen gleiche Bildungschancen haben. Somit unterstützen wir sehr nachhaltig die Leitlinien 1 und 2. Deutschland – so belegen nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche – ist ein Land mit extrem großer Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolges von sozialer Herkunft. Das widerspiegelt sich bereits in unserer Stadt sehr deutlich. In Stadtteilen des Leipziger

Ostens und Westens finden sich die höchsten Lernförderquoten, die geringsten gymnasialen Bildungsempfehlungen sowie überdurchschnittliche Hauptschüler- und Schulabbrecherquoten. In neun Ortsteilen dieser Stadteile leben mehr als die Hälfte aller Kinder unter 15 Jahren von Sozialgeld. In Volkmarsdorf, Neustadt-Neuschönefeld sind es sogar zwei Drittel. In diesen neun Stadtteilen ist der Einkommensdurchschnitt am geringsten, der Anteil von ALG II-Empfängern und die Grundsicherung im Alter mit am höchsten. Im März 2012 haben die Grundschüler der 4. Klassen ihre Bildungsempfehlung erhalten. Übrigens: für unsere bildungspolitische Positionen viel zu früh, wir sind für das längere gemeinsame Lernen. Von den Grundschülern werden ab August etwa 1470 eine Mittelschule, ca. 52,6 % und 1320 ein Gymnasium, ca. 47,4 %, besuchen. Dabei reicht die Spannbreite bei der Vergabe von Bildungsempfehlungen für Gymnasium von 15 % der Fröbel-Gesamtschule in Grünau oder von 16 % in der Wilhelm-Wander-Gesamtschule bis 75 % in der Lessing- und Manet-Grundschule und der Grundschule am Floßplatz. Deutlicher lässt sich dieser Zusammenhang soziale Herkunft und Bildungsmöglichkeiten / Bildungserfolg nicht zum Ausdruck bringen.

Wir beklagen seit Jahren die hohe Schulabbrecherquote. In der 16. Mittelschule und der Mittelschule Paunsdorf gibt es jetzt das Langzeitprojekt „Jeder Absolvent mit Abschluss und Anschluss“. Hier wurde ein Konzept mit „Lernen vor Ort“ und der Oetkerstiftung erarbeitet, in dem Elternarbeit, Schulsozialarbeit und Schulversorgung vernetzt sind. Aufsuchende Elternarbeit ab Klasse 5 ist z. B. eine wichtige Basis um Eltern an Schule zu binden und für Schule zu interessieren. Hier spielt der Schulcoach eine wichtige Rolle und das Besondere ist, jede 5. Klasse hat einen solchen Schulsozialarbeiter als Ansprechpartner. Das Projekt wird laufend evaluiert. Probleme in diesen Dimensionen haben Schulen in freier Trägerschaft nicht. Schulvielfalt ist wichtig, dazu stehen wir. Doch wenn Unzufriedenheit mit der Arbeit an staatlichen Schulen (Anzahl der Schüler pro Klasse, soziale Zusammensetzung) der Grund dafür ist, z. T. erhebliches Schulgeld zu bezahlen, sind wir als Politik gefordert. Die Anzahl der Schüler, an Schulen in freier Trägerschaft steigt. Jeder 4. Gymnasiast, jeder 7. Grundschüler und jeder 6. Mittelschüler besucht eine Schule in freier Trägerschaft. Auch hier kann man wieder den Zusammenhang soziale Herkunft und Besuch einer Schule in freier Trägerschaft herstellen. Die Beispiele, die ich hier beschrieben habe, zeigen wie die Leitlinien 1, 3 und 5 in einander greifen.

Wir haben in den nächsten Jahren eine zunehmende Anzahl von Lernförderschülern, die die Schule beenden. Knapp 10 % erreichen einen Hauptschulabschluss. Die anderen Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Nur ganz Wenige von ihnen erhalten eine Ausbildung im ersten Arbeitsmarkt. Hier ist Wirtschaft, Verwaltung und Politik gemeinsam gefordert oder wollen wir, dass jährlich weiter ca. 150 Jugendliche auf Sozialtransfers angewiesen sind? Somit auch Ihre Persönlichkeitsentwicklung stagniert, sie z. B das reichhaltige Kulturangebot unserer Stadt nur wenig interessiert? Sie in Subkulturen abwandern, Gleichgültigkeit zeigen und sich „einrichten“ oder auch straffällig werden? Fakt ist: Ausbildungsplätze sind in unserer Stadt vorhanden, aber Schulabgänger erfüllen die Anforderungen an Sozialkompetenz und Grundlagenbildung nicht. Hier sehe ich z. B. eine Möglichkeit über den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Angebote zu schaffen z. B. Hallenwarte, Pflege des Straßenbegleitgrüns. Jeder 6. heute in Leipzig lebende Jugendlichen ist ohne Schulabschluss, danach fast immer ohne Ausbildung und die meisten von ihnen sind dann Arbeitslosengeld II-Bezieher. Eine Spirale, ein Kreislauf, den wir durchbrechen sollten. Im Übrigen ist hier der Prozentsatz bei Männern deutlich höher als bei Frauen.

Neben den Leitlinien 1 und 3 sind für mich besonders die Leitlinien 6 und 7 von Bedeutung. Im Rahmen unserer heutigen Diskussion bietet sich auch an, über das Bildungs- und Teilhabepaket zu sprechen. Schulspeisung, Klassenfahrten und Beiträge für Sportvereine werden angenommen. Die Möglichkeiten individueller Förderung sprich Nachhilfe wird kaum genutzt, weil die Antragstellung zu kompliziert und restriktiv und die Förderungen zu kurzfristig sind. Ein weiterer Flop ist die Teilhabe an kultureller Bildung: 10 € monatlich – das

heißt Sportverein oder Zuschuss zur Musikschule bzw. Theatergruppe. Dabei hat unsere Stadt viel zu bieten. Aber ein zu großer Prozentsatz kann es nicht nutzen oder will es auch nicht nutzen.

Wenn wir die Leitlinie 4 ernst nehmen, sollte jedes Kind die Möglichkeit haben, alle Bildungsformen und Bildungsorte zu nutzen. Leipzig ist eine interessante, pulsierende, lebendige Stadt, aber auch eine Stadt der sozialen Widersprüche. Es wäre ein wichtiges Ziel die sozialräumliche Selektivität aufzuhalten. Hier kann die Stadt Rahmenbedingungen schaffen z. B. durch Schulneubau, denn Schulen und deren Ausgestaltung sind Stadtentwicklungsfaktoren. Aber es braucht dazu auch die politische, materielle und ideelle Unterstützung des Bundes und des Freistaates. Lassen sie mich das am Beispiel der inklusiven Schule deutlich machen (Leitlinie 2 „Unterschiede anerkennen und Vielfalt stärken“). Sollen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen, dann sind dazu räumliche und personelle Voraussetzungen notwendig, also eine neue Schulbaurichtlinie, mehr Sozialarbeiter, Förderschullehrer und Assistenten. Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Konvention zur inklusiven Bildung unterschrieben und ratifiziert. Das ist gut, aber reicht nicht aus. Es kann nicht den Kommunen überlassen werden dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Es ist eine gemeinsame Aufgabe für das nächste Jahrzehnt. Bildung ist nicht nur eine Sache des Landes, des Freistaates. Bildung hat auch kommunalen Bezug und beschränkt sich nicht auf das Bereitstellen von Schulräumen, was ohne weiteres eine wichtige Aufgabe ist. Unsere „Bildungspolitischen Leitlinien“ können dazu eine gute Grundlage sein.

4. Rede der Stadträtin Ute Köhler-Siegel, SPD-Fraktion

Stadträtin Ute Köhler-Siegel, SPD-Fraktion

„Bildungspolitische Leitlinien“ als Orientierungsrahmen für die Entwicklung der Leipziger Bildungslandschaft sind für eine Stadt ein wesentliches Handlungsfeld, denn die Kommunen müssen für Abbrüche in Bildungsbiografien und Fehlentwicklungen aufkommen. Startet ein junger Mensch sein Berufsleben ohne ausreichende Qualifikation, ist die Gefahr der Erwerbslosigkeit hoch und die öffentlichen Haushalte werden durch hohe Sozialausgaben belastet. Die vorgeschlagenen Leitlinien dienen als Handlungsrahmen zahlreicher Planungen der Stadtverwaltung, wie beispielsweise der Schulentwicklungsplanung und der Kindertagesstättenplanung. Die Leitlinien begreifen den Menschen als ganzheitliche Persönlichkeit, die lebenslang lernt. Dabei müssen besonders die Chancengleichheit und die Bildungsübergänge im Mittelpunkt stehen, denn in diesen Bereichen gibt es noch großes Entwicklungspotential.

Jeder Mensch kommt als neugieriges, lernwilliges und entwicklungsfähiges Wesen zur Welt, aber dieser Lernantrieb lässt bei einigen Menschen zu schnell nach und wir müssen begreifen, in welcher Entwicklungsphase das passiert und warum. Warum ist die Zahl der Schulabbrecher in dieser Stadt so hoch und warum gibt es hier so viele Schulverweigerer? Irgendwo in der Bildungsbiografie der jungen Menschen gab es Brüche. Meine Erfahrungen in der Grundschule zeigen, dass bereits in der 1. Klasse die Entwicklungsunterschiede riesig sind. Also hat der Bereich Frühkindliche Bildung einen entscheidenden Einfluss auf die weitere Bildungsentwicklung der Kinder. Genau in diesem Bereich muss und kann die Kommune ansetzen, denn hier liegen die Handlungs- und Entscheidungskompetenzen einer Stadt.

Leitlinie 1 besagt, die Menschen in allen Bildungsphasen zu fördern und zu stärken und Leitlinie 2 betont die Chancengleichheit, um Unterschiede anzuerkennen und die Vielfalt zu stärken. Wie aber soll die Chancengleichheit gewahrt werden, wenn nicht alle Kinder einen Krippenplatz bekommen können, weil das Angebot noch zu gering ist? Genau an dieser Stelle gibt es Abbrüche in Bildungsbiografien, sowohl bei den Kindern, als auch bei den Eltern. Hier ist einer der wichtigsten Ansätze für die Kommune.

Auch Leitlinie 3 fordert, Bildungszugänge zu schaffen und Bildungsübergänge zu sichern, unabhängig von

sozialräumlichen Besonderheiten. Hier gibt es ebenfalls in Leipzig großen Handlungsbedarf, denn es ist von entscheidender Bedeutung, ob man in Grünau oder im Osten der Stadt lebt oder in der Südvorstadt und Schleußig. Das allein zeigen die Übertrittsquoten für das Gymnasium, die in sozialräumlich weniger entwickelten Gebieten bei unter 40 % liegen oder bei über 60 % in einem entwickelten Stadtteil. Hier muss die Stadt durch gezielte Maßnahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen.

Leitlinie 4 fordert dazu auf, vielfältige Bildungsformen und Lernorte zu nutzen. Einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung von Menschen haben ihre Interessen, denn Bildung aus eigenem Antrieb findet immer dann statt, wenn man für ein Thema ein besonderes Interesse zeigt. Deshalb sind Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen besonders für die individuelle Weiterentwicklung und für die soziale Bildung und Bindung so wichtig. Hier gilt es, dass die vielfältigen Facetten der Bildungslandschaft für alle Bürger wahrnehmbar sind und somit genutzt werden.

Familien müssen – so Leitlinie 5 – als Bildungspartner mehr wertgeschätzt werden. Die Familie ist der erste Bildungsort. Die Rolle und die Verantwortung der Eltern muss gestärkt werden. Gute Ansätze sind dafür die in Kindertagesstätten eingerichteten Kinder- und Familienzentren. Diese sollten weiter ausgebaut und auch an Schulen etabliert werden. Die Bildungs- und Erziehungskompetenz der Eltern muss gestärkt, aber auch konsequent eingefordert werden.

Bildung muss kommunalpolitische Kernaufgabe sein – wie Leitlinie 6 es beschreibt. Nur gebildete Menschen sind zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft befähigt und können sich an den demokratischen Gestaltungsprozessen beteiligen. Deshalb muss Bildung von allen, der Kommune mit allen Bildungsakteuren gemeinsam verantwortet werden. Die Leitlinie 7 beschwört das gemeinschaftliche Handeln und ressortübergreifendes Denken. In diesem Bereich muss die Stadtverwaltung auch noch einiges lernen.

Die Bildungspolitischen Leitlinien werden von der SPD-Fraktion unterstützt. Die wichtigsten Aufgaben, die sich daraus ergeben, sind unserer Meinung nach:

1. Die Schaffung ausreichender Betreuungskapazitäten für Kindergarten und Krippe, damit am Anfang des Bildungsweges Chancengleichheit gewahrt wird.
2. Die Umsetzung der Schulentwicklungsplanung, um die Leipziger Schullandschaft zukunftsfähig zu gestalten.
3. Die Entwicklung neuer Konzepte, um die Anzahl der jungen Menschen zu reduzieren, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Die Umsetzung der „Bildungspolitischen Leitlinien“ ist ein weiterer Schritt für Leipzig, sich den Herausforderungen einer modernen, zukunftsorientierten und sozialen Stadt zu stellen. Viele Ressourcen werden in diesen Bereich fließen müssen. Mit einem Zitat von John F. Kennedy möchte ich meinen Redebeitrag beenden: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung“.

5. Rede des Stadtrates Norman Volger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Norman Vogler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kein demokratisches Gemeinwesen kann leben und atmen ohne mündige Bürger und Bürgerinnen. Mündigkeit setzt aber freien Geist und das Wahrnehmen von Dialektik voraus. Probleme in der Gesellschaft lassen sich nicht ad hoc lösen, es braucht die Zähigkeit und Ausdauer des demokratischen Engagements und so beginnt die Demokratieerziehung bereits im Kindesalter und hört bei den Erwachsenen und Alten nicht auf. Sie lehrt Zweifel auszuhalten und Lustlosigkeit zu überdauern. Das sind etwas frei wiedergegeben Worte aus der Festschrift zum 150ten Geburtstag von Hugo Gaudig, einem in Leipzig gefeierten Reformpädagogen. Und warum passen sie hier so gut? Mit den „Bildungspolitischen Leitlinien“ soll eine Debatte losgetreten werden, die bisher in einem exklusiven Kreis erörtert wurde. Ab Herbst werden Diskussionen veranstaltet, in welchen die Leitlinien systematisch mit konkreten Maßnahmen und Teilzielen untermauert werden sollen. Und tatsächlich besticht die Vorlage durch das Visionäre von Bildung. Lebenslanges Lernen zu fördern und zu stärken – das ist primär keine kommunale Aufgabe. Aber mit dem Projekt „Lernen vor Ort“ wurde ganz konkret vorgemacht, was Kommune hier leisten kann: Vernetzung, Übersicht und Beratung. Es gab zuletzt eine Reihe von Publikationen zur MINT- und Umweltbildung, Elternbildung und nicht zu vergessen das Monitoring mit dem Bildungsreport. Jetzt müssen die Aktivitäten verstetigt werden.

Leipzig war an der Erstellung des sächsischen Bildungsplanes für Kindertagesstätten beteiligt, der Bildungsplan ist an den Leipziger Einrichtungen implementiert, aber an der Umsetzung hapert es: Es fehlt schlicht an Personal und es fehlt eine Umsetzungsstrategie. Zu sehr sind wir mit den grundlegenden Versorgungsproblemen beschäftigt. Doch um Personal zu halten, ist die Qualität der eigenen Arbeit eine wesentliche Säule. Also braucht es Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher. Das bedeutet Verantwortung, und nicht nur Verantwortlichkeiten. Alles Formulieren von Ganzheitlichkeit und Anerkennen von Unterschieden ist hohl, wenn die Unterstützung der staatlichen Stellen fehlt. Das betrifft zuvörderst die Ermöglichung von Inklusion. Wir waren

sehr erschrocken, wie abweisend die Bildungsagentur hier reagiert. Man zieht sich zurück auf nackte Gesetzlichkeiten und zeigt kein bisschen Aufgeschlossenheit, um die Separierung von vermeintlich leistungsschwächeren abzubauen. Bündnis 90/Die Grünen fordert von der Landesregierung die Vorfahrt für Inklusion. Es kann nicht sein, dass die Klassengrößen maximal geplant werden und Integration nur ermöglicht wird, wo wenige Schülerinnen und Schüler sind. Inklusion ist eben kein Funktionalprogramm.

Die Bildungsagentur hat die erste Verantwortung für den Bildungserfolg der Schüler und Schülerinnen. Nicht nur der gymnasialen, sondern auch der Mittel- und Förderschüler. 12 % Schulabgänger ohne Abschluss – das muss Konsequenzen im Bildungssystem haben. Bildungszugänge und Bildungsübergänge sichern wir nur, wenn es Lehrer und Lehrerinnen gibt, die in ausreichender Anzahl an den Universitäten ausgebildet und in den Schuldienst übernommen werden. Sie müssen vorbereitet sein auf die Ansprüche, die die Leipziger Bildungsgesellschaft stellt, und in den Schulen die Freiräume haben, die Erkenntnisse und Anregungen auch umzusetzen. Und sie müssen von der Bildungsagentur darin unterstützt werden. Es ist eben nicht Sache der Schulen, ob sie Ganztagsangebote (GTA) machen oder nicht. Ob sie mit Förderschulen – im gleichen Gebäude! – zusammenarbeiten oder nicht. Hier erwarten wir sanften Druck. Und gerade die Stadt kann hier nervend einwirken, indem sie zum Beispiel für Schulen, die im Monitoring weniger Bildungschancen abbilden, Ganztagesangebote vorschreibt. Immerhin hat Leipzig sich die Steuerung dieser und ihre Qualitätsentwicklung auf die Fahnen geschrieben. Dabei darf nicht vergessen werden, wo ein ganztägig rhythmisierter Unterricht am nötigsten ist. Wozu sonst haben wir bunte Stadtkarten? Wir jedenfalls akzeptieren nicht, wenn sich Schulen ihrer Wirkung in den Sozialraum verschließen. Und daher wollen wir die Steuerung, weil wir es ernst meinen mit der Bildungsgerechtigkeit. Aber es gehört auch dazu, dass wir echte Ganztagesschulen statt bloßer Ganztagesangebote brauchen, und da liegt die Verantwortung beim Land. Von dort aber gibt es zu wenig Geld, der Topf für Ganztagsangebote ist hoffnungslos überzeichnet. Ganztagsschule kann auch mit Vernetzung funktionieren: Sportvereine, Museen, Jugendtheater müssen zu Partnern werden. Eine neue Kooperationskultur birgt die Chance zu gegenseitigen Vorteilen! Doch Achtung: Das funktioniert nicht als Unterordnung. Manche Bildungseinrichtung fühlt sich durch „Lernen vor Ort“ eingeengt. Wir können das nicht beurteilen, aber zu fordern ist, dass die Institutionen in ihrer Eigenständigkeit bewahrt bleiben müssen. Schließlich wollen wir die Vielfalt und nicht die Einheitlichkeit.

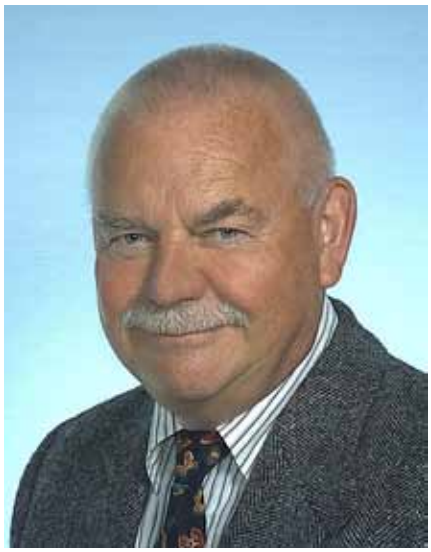
Bildungsgerechtigkeit ist im Übrigen auch nicht so weit von Stadtentwicklung entfernt. Wir wollen die heftige Spreizung in der Bildung in Leipzig nicht zementieren, wir wollen die weiterführenden Schulen zu den Kindern bringen, für deren Eltern auch bei Eignung das Gymnasium nicht der erste Gedanke ist. Also Schluß mit der Verzögerungstaktik für das Gymnasium im Osten, hier kann ganz konkret ein Bildungszugang geschaffen werden. Wie wichtig das Elternhaus für die eigene Bildungsfreude ist, braucht nicht ausgeführt zu werden. Doch die eingangs genannte Mündigkeit kommt nicht von alleine – sie braucht Freiräume, die Eltern nicht haben, wenn sie sich um ihre wirtschaftliche Existenz sorgen oder sich in sittenwidrigen 3€-Jobs abarbeiten. Die sind es doch, die in den letzten Jahren zuhauf entstanden und die strukturelle Arbeitslosigkeit kaschieren. Elternarbeit in der Bildung setzt einen freien Geist voraus und den müssen Eltern auch spüren. Das ist es, was wir von freien Schulen lernen können, wo größere organisatorische und didaktische Freiheiten zu höherer Zufriedenheit führen. Wir müssen aber immer wieder erleben, wie befremdet unsere Kollegen, Stadträte und Stadträtinnen, Lehrerinnen und Lehrer auf den Wunsch nach Elternbeteiligung in Bildungsfragen ihrer Kinder reagieren. Für uns fängt Elternarbeit aber gerade hier an und vielleicht kann die Leitlinie 5 durch eine kommunale Projektschule ganz konkret erprobt werden. Denn dieser Gedanke wurde durch den Bürgermeister Prof. Fabian eingebracht – aber er scheint noch nicht zu fruchten. Wir wollen daher an ihn erinnern: Die Schule in kommunaler Trägerschaft. Bei allen Gründungen, die uns nach Beschluss der Schulentwicklungsplanung bevorstehen, erwarten wir, diesen

innovativen Weg zu bestreiten – gerade auch, weil die Förderung freier Schulen hier so wenig Anklang findet. Dann lasst es uns als Stadt selber machen! Immerhin können wir mit der Nachbarschaftsschule (Nasch) auf eine exzellente Expertise stützen. Vielfältige Bildungsorte nutzen bedeutet, diese Orte auch anzuerkennen. Zwar gibt es eine ausführliche Publikation über die Umweltbildungsangebote in der Stadt, allein ob sich die Bedeutung der Umweltbildung in der Verwaltung herumgesprochen hat ist fraglich, wie sonst lässt sich die Leere im Verwaltungs-Bewusstsein für die Notwendigkeit der Finanzierung erklären? Überhaupt ist das das Manko an der Vorlage. Sie beschreibt große, weitreichende Ziele, die eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft nach sich ziehen kann. Aber schon zu den Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern gibt es nur eine vage Aussage, kein Finanzierungskonzept. Keine Strategie, zumindest ist sie nicht ausgeführt. Es fehlt aber an noch Grundlegenderem. Mit der Kürzung der Jugendpauschale sind massive Eingriffe in der Bildungslandschaft erfolgt, die sich auf die Umsetzung der Leitlinien auswirken werden! Neue Angebote kommen nicht weiter, kleine feine Projekte sterben.

Auch im Schulbereich geht es derzeit vorrangig um den Kapazitätenausbau. Die Stadtwerkstatt hat gezeigt, dass unter den Beteiligten relative Einigkeit darüber besteht, wie unsere Schulen der Zukunft aussehen sollen: sie sollen Freiräume bieten, Lernen in unterschiedlich großen Gruppen, inklusiv, fächerübergreifend ermöglichen, sie sollen Bildungsorte statt Lehranstalten sein. Und das muss baulich umgesetzt werden. Uns ist nicht entgangen, dass teile der Verwaltung fehlten, die wir brauchen, um das umzusetzen: Die Schulbauer und die Behörden, die für Brandschutzabstimmungen etc. nötig sind. Wir wollen auch nicht darüber hinwegsehen, dass der Kämmerer ungeduldig wird. Daher sei auch an dieser Stelle gesagt: Die Inhalte müssen den Raum bestimmen. In dieser Vorlage sind sie beschrieben, die praktische Politik aber wird ein ständiger Streit sein. Mehr Freiheit für die Bildung, mehr Offenheit für Bildungsreformen.

Die „Bildungspolitischen Leitlinien“ hinterfragen unsere demokratische Grundhaltung. Sie deklinieren einen umfassenden bildungspolitischen Begriff, und damit einen hohen Anspruch. Wir sind zuversichtlich, dass die Leipziger Stadtgesellschaft diesem gerecht wird und freuen uns auf die Anregungen und Beiträge zur konkreten Umsetzung. Nutzen wir das Wissen in unserer Stadt! Erschaffen wir damit eine klügere Stadt.

6. Rede des Stadtrates Dr. Michael Burgkhardt, Bürgerfraktion



Stadtrat Dr. Michael Burgkhardt, Bürgerfraktion

6

Mit der Vorlage der „Bildungspolitischen Leitlinien“ geht die Stadtverwaltung einen weiteren Schritt auf dem Weg, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, aber vor allem wohl auch für sich selbst, Ziele zu stecken. Die Stadtverwaltung formuliert, dass sie auch Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze und für eine ausgeglichene Altersstruktur schaffen will. Und sie formuliert letztlich die vorrangige Ausrichtung des eigenen Handelns auf Kinder und auf die Familien mit Kindern.

Meine Kolleginnen und Kollegen Vorredner haben schon versucht, in die Tiefe des uns vorliegenden Papiers vorzudringen und haben dabei vieles ausgesprochen, was auch wir sofort unterschreiben würden. Aber einem Vorredner möchte ich erwidern: In der Bildung soll man einen Freigeist nicht nur spüren – Freigeist soll man sein! Denn Freigeister sind die Säulen einer freien Gesellschaft. Ich spare mir denn auch jegliche letztlich unerträgliche Wiederholung von Selbstverständlichkeiten. Zumal es kaum eine Formulierung sowohl in der Präambel als auch in den Leitlinien selbst gibt, die man aus unserer Sicht zu kritisieren hätte. Den Autoren fiel es jedoch offensichtlich schwer, Formulierungen für die Vorlage zu finden, die nicht Allgemeinplätze und um es überspitzt zu sagen Worthülsen, also sprachliche Füllsel sind. Das belegt ein Satz der Präambel: „Bildung geschieht überall und jederzeit – in Institutionen und vielfältigen Kontexten: in der Familie, in der Kindertagesstätte, in der Schule, in der Ausbildung und im Studium, im Beruf, vom vorschulischen Bereich bis in den Ruhestand, von der Volkshochschule über Museen und das Theater bis hin zum Sportverein:“ Mehr gibt es nun wirklich nicht aufzuzählen und mehr ist den Verfassern denn auch nicht eingefallen! Ergänzen könnte man aber: „Bildung geschieht auch und gelegentlich sogar beim Radiohören und/oder Fernsehen, wenn – zugegeben – auch nicht mehr allzu oft.“ Und ich möchte hinzufügen, dass mindestens ein genauso großes Potential – wie das eben positiv Gemeinte und Genannte – existiert, welches nicht zur Bildung, sondern zur allgemeinen Verblödung beizutragen im Stande ist. Ein Ergebnis dieser Verblödung ist die tägliche Lallophonie, das Sprechen in Kürzeln; auch das sogenannte Denglisch, das alles andere als ein hohes Bildungsmerkmal ist. Eine besondere Bedeutung kommt hier dem sogenannten „Kanak Sprak“

zu. Übrigens ist dieser Begriff, ganz im Gegensatz zum bösartigen, und von den Rechten gegenüber bestimmten Ausländern gebrauchte, Schimpfwort „Kanake“, ein sprachwissenschaftlich anerkannter Ausdruck, der von Professor Kallmeyer an der Universität Mannheim erklärt und begründet wurde. Danach ist „Kanak Sprak“ eine Sprachvariante, die mit Elementen von reduziertem Deutsch und anderen Formen deutsch-türkischer Sprachmischung durchsetzt ist. „Die Abweichungen vom deutschen Standard und die Sprachmischung werden in den Regionen mit einem hohen Anteil türkischer Mitbürger als Identitätssymbol kultiviert und drücken soziale Identität ‚zwischen den Kulturen‘ aus“. Das ist für diese Regionen Okay. Was ein solcher Kauderwelsch aber hier in unserer Region mit einem sehr geringen Anteil an Migranten zu suchen hat und dann auch noch von den Jugendlichen gesprochen wird, die eher ausländerfeindlich sind, erschließt sich mir nicht. Dem gilt es also weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln im wahrsten Sinne des Wortes den Kampf anzusagen.

Wir finden auch bei genauer Lektüre der Vorlage, dass ohne Zweifel noch einiges zu tun ist. So, um nur ein einziges Beispiel zu bemühen, finden wir in der Leitlinie 2 mit dem Titel „Unterschiede anerkennen und Vielfalt stärken“ die Formulierung folgenden Ziels: „Auch überdurchschnittliche Leistungspotentiale werden systematisch durch die Entwicklung von speziellen Angeboten gefördert.“ Das werden die Eltern zweier hochbegabter Kinder sehr gern vernehmen, die uns kürzlich angeschrieben haben und ihre Nöte schilderten. Denn aufgrund dieser Leitlinien müssten sich für sie wohl einige Schwierigkeiten mit Hilfe der Stadt besser ausräumen lassen.

Wenn es solche Leitlinien in anderen Städten Deutschlands auch geben sollte, dann sehen solche Leitlinien wohl ziemlich gleich aus. Zumindest sollten sie es! Aber trotzdem kann ich es mir nicht verkneifen zu sagen, das ganze liest sich wie aus einem Lehrbuch für das 1. Studienjahr an einer pädagogischen Fakultät. Und man fragt sich beim Lesen, wenn auch heimlich: Und was bringt uns das jetzt nun genau? Was wäre, wenn wir sie nicht hätten, diese Leitlinien? Die Antworten darauf sind wohl von jedem selbst zu suchen und sehr unterschiedlich.

Sei es, wie es sei, man kann nichts dagegen haben, diese Leitlinien positiv zu beurteilen und auch zu verabschieden. Eine Zustimmung ist – wie man so sagt – völlig schadlos! Und so werden wir uns auch verhalten.

7. Rede des Stadtrates René Hobusch, FDP-Fraktion

Stadtrat René Hobusch, FDP-Fraktion

Vor einem Jahr hat sich in der ersten Bildungspolitischen Stunde im Stadtrat Herr Dr. Besser für die FDP-Fraktion den Bildungschancen am Start gewidmet. Er forderte Chancengleichheit und damit einhergehend den Ausbau der Betreuungsplätze gerade auch im Krippenbereich. Herr Dr. Besser leitete seine Rede mit einem Zitat aus dem UNESCO-Bericht „Wie wir leben“ aus dem Jahr 1972 ein: „Jeder Mensch ist dazu bestimmt, ein Erfolg zu sein, und die Welt ist dazu bestimmt, diesen Erfolg zu ermöglichen.“ Als ich über die erwähnte Rede nochmals nachgedacht und mir die Bildungspolitischen Leitlinien angesehen habe, habe ich mich gefragt, was in Leipzig in diesem einen Jahr seit der letzten Bildungspolitischen Stunde ermöglicht worden ist, damit jeder Mensch ein Erfolg werden kann.

In der Leitlinie 1 sollen Menschen in allen Bildungsphasen gefördert und gestärkt werden, wobei die frühkindliche Bildung am Beginn steht. In Leitlinie 2 ist davon die Rede, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben sollen. In Leitlinie 3 schreibt man sich ins Stammbuch, dass Bildung an den individuellen Bedürfnissen der Menschen und an ihrem Lebensumfeld ausgerichtet werden muss. In Leitlinie 4 fällt der Begriff der ganzheitlichen Bildung. In Leitlinie 5 wird von veränderten Familienwirklichkeiten gesprochen. In Leitlinie 6 wird festgestellt, dass Bildung das Kernelement zukunftsorientierter, nachhaltiger Politik sei. In Leitlinie 7 schließlich heißt es, dass auf Qualität und Wirksamkeit des Bildungsangebotes und auf den zielgerichteten Einsatz von Ressourcen gesetzt werden müsse.

So weit, so gut. Allerdings muss man fragen, was in den letzten Monaten gerade im Hinblick auf den Bildungsstart im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich an der Basis, bei der Infrastruktur geschehen ist. Mein Eindruck ist, einen Kindergartenplatz zu finden gleiche einem Vierer im Lotto, einen Krippenplatz zu finden kommt einem Sechser gleich und diesen in der Wunscheinrichtung ohne Beziehungen und zum gewünschten Starttermin zu erhalten ist dann der Sechser mit Zusatzzahl. Dabei sind die Probleme ein Stück weit hausgemacht. In der letzten Ratsversammlung wurde in der Antwort auf eine Anfrage der FDP-Fraktion mitgeteilt, dass 21 von 30 für dieses Jahr geplanten neuen oder erweiterten Kitas gar nicht oder nicht rechtzeitig fertig werden. Bei einer Quote von mehr als zwei Dritteln ist dies kein Zufall mehr, sondern ein Systemfehler.

Ich bedauere dem Oberbürgermeister und Herrn Prof. Fabian sagen zu müssen, dass er sich als Vater zweier Kinder heute nicht hinstellen und eine heitere bis wolkige Rede halten kann, wenn er regelmäßig in Bürgergesprächen mit Gewittern konfrontiert wird. Alle sagen, dass man neue Kitaplätze braucht. Man braucht sie nicht heute und nicht morgen, sondern man hat sie schon gestern gebraucht. Vielleicht sind der Verwaltung noch keine Fälle bekannt, in denen Eltern ihre Jobs verloren haben, weil sie keinen Kitaplatz bekommen haben. Die FDP-Fraktion hat entsprechende E-Mails erhalten. Die Betroffenen fühlen sich allein gelassen und schlecht informiert. Es ist bezeichnend, dass Prof. Fabian erst auf Anfrage der FDP-Fraktion eingeräumt hat, dass er auf die Bedarfsanmeldungen nach § 4 des Sächsischen Kindertagesstättengesetzes in seinen Unterlagen nicht hinweist und dass dies ein Fehler mit gegebenenfalls weitreichenden Konsequenzen für die Eltern ist.

Neben neuen Kitaplätzen brauchen wir übergangsweise auch eine neue Art der Platzvergabe. Solange nicht mehr Plätze existieren als benötigt werden, gibt es faktisch kein Wahlrecht, sondern eine Mangelverwaltung. Wenn man schon einen Mangel verwalten muss, sollte man dies transparent und nachvollziehbar tun. Ich appelliere an die Verwaltung, transparente öffentliche Kriterien zu schaffen, wie Kitaplätze vergeben werden – das darf nicht nur für städtische Einrichtungen gelten, sondern für alle Kitas –, und endlich das Online-Portal abzuschalten, denn es verursacht nichts als Kosten und frustrierte Eltern. Wenn es keine Plätze gibt, findet man auch keine im Portal, erst recht nicht, wenn offenbar erst diejenigen Plätze, die eine Freigrenze von 2 % der Gesamtplatzzahl übersteigen, im Portal verfügbar sind.

Die Bildungspolitischen Leitlinien sind richtig. Die FDP-Fraktion wird ihnen zustimmen. Allerdings können und dürfen die Leitlinien nicht über die drängenden praktischen Probleme hinwegtäuschen, die von den Bürgern an die Stadträtinnen und Stadträte herangetragen werden. Wenn man die ganz alltäglichen Probleme nicht zügig, entschlossen und sichtbar anpackt, kann man sich Bildungspolitische Stunden sparen, weil man damit bei den Menschen nicht mehr glaubwürdig ist. Eine kommunale Pflichtaufgabe ist die Bereitstellung von Bildungsinfrastruktur. Das beginnt mit der Kita und geht bei den Schulhäusern weiter. Die Menschen erwarten hierauf zu Recht nachhaltige Antworten. Ohne eine Prioritätensetzung im Haushalt wird dies nicht gehen. Dazu gehört an der einen oder anderen Stelle auch die schmerzliche Kürzung der einen oder anderen Ausgabe im freiwilligen Bereich. Diese Wahrheit gehört auch in einer Bildungspolitischen Stunde auf den Tisch, damit die Menschen in Leipzig nicht das Gefühl haben, der Stadtrat verliert ihre Probleme aus den Augen und führt hier Schönwetterdebatten.

Anlage

Bildungspolitischen Leitlinien

Präambel
Bildung bezeichnet stets gesellschaftliche Beziehungen, die jeden Menschen befähigen, sein Können, sein Wissen, seine Vorstellungskraft und seine Wertebezogenheit in der Begegnung mit seinen Zeitgenossen zu entdecken, zu entfalten und aktiv gestaltend einzubringen. Bildung reagiert auf gesellschaftliche Anforderungen und versetzt den Einzelnen in die Lage, unter komplexen Anforderungen auf der Grundlage persönlicher Ziele und Werte selbstbestimmt zu handeln. Bildung hat daher immer zugleich den Einzelnen und die anderen, den mündigen Menschen und die aufgeklärte Gesellschaft im Blick.

Ausgangspunkt der ‚Bildungspolitischen Leitlinien' der Stadt Leipzig ist ein ganzheitlicher, den Menschen in seinem Sein und Werden umfassender Bildungsbegriff. Im Zentrum dieser Überlegung stehen die Entwicklung von eigenverantwortlichen Persönlichkeiten, die Ausschöpfung von Bildungspotenzialen und die Orientierung an Bildungsgerechtigkeit. Indem Menschen sich bilden, werden sie klüger, kompetenter und gestaltungswirksamer. Bildung geschieht überall und jederzeit in Institutionen und vielfältigen sozialen Kontexten: in der Familie, in der Kindertagesstätte, in der Schule, in der Ausbildung und im Studium, im Beruf, vom vorschulischen Bereich bis in den Ruhestand, von der Volkshochschule über Museen und das Theater bis hin zum Sportverein. Bildung meint stets beides: Qualifikation im Umgang mit den gesellschaftlichen Anforderungen und Erziehung zur Verantwortung im wertschöpfenden Umgang mit sich selbst und anderen. Sowohl die Kenntnis von und der souveräne Umgang mit den eigenen Ansprüchen als auch das Wissen um die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen, in denen diese entstehen und wirksam werden, sind untrennbar miteinander verknüpft. Autonomie und Kritikfähigkeit, Urteilskraft und Verantwortungsbereitschaft sind unverzichtbare Bestandteile jeder aufgeklärten Bildung. Indem Leipziger Bürger Kenntnisse und Fähigkeiten teilen und mitteilen, wird mit dem Bildungsbegriff auch der Gedanke der Solidarität transportiert.

Leipzig gilt als eine bildungsstarke Halbmillionenstadt mit Tradition und in besonderer Weise als Bildungs-, Arbeits- und Lebensort für junge Erwachsene, Familien und ihre Kinder sowie Seniorinnen und Senioren. Leipzig wächst und ist gerade für die junge Generation attraktiv: Studentinnen und Studenten, Forscher und Unternehmensgründer, kreative und innovative Menschen aus dem In- und Ausland.

Strategische Oberziele der Stadtpolitik sind die Schaffung einer ausgeglicheneren Altersstruktur und der Erhalt bzw. die Weiterentwicklung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt nimmt die Bandbreite und Qualität unserer Bildung- und Wissenschaftslandschaft eine Schlüsselrolle ein. Familien suchen nach bestmöglichen Bildungschancen für ihre Kinder. Junge Erwachsene orientieren sich an Berufen mit Perspektive. Unternehmen benötigen gut ausgebildete Fachkräfte. Ältere Menschen wollen lebenszugewandt bleiben, sich neues Wissen aneignen und selbstbestimmt alt werden können.

Leipzig will seinen Bürgerinnen und Bürgern Bildung umfassend ermöglichen. Dazu bedarf es wirksamer Weichenstellungen und kluger Konzepte. Mit der jährlichen Bildungskonferenz, verwaltungsinternen und externen Steuerungsgremien und der ‚Bildungspolitischen Stunde' im Stadtrat hat die Stadt einen systematischen Diskurs um das Thema Bildung eröffnet. Die seit 2010 aufgebaute kommunale Bildungsberichterstattung liefert ein faktengestütztes Lagebild zu Trends und Herausforderungen, denen sich Leipzig zu stellen hat. Gute Bildung braucht eine verantwortungsvolle Strategie mit verbindlichen Zielsetzungen und sie be-

nötigt Finanzierung. Aber: Keine bzw. unzureichende Bildung ist nach aller Erfahrung noch wesentlich teurer.

Die Leipziger ‚Bildungspolitischen Leitlinien' unterstützen die strategische Ausrichtung der Kommunalpolitik, mit den Zielen Rahmenbedingungen zum Erhalt bzw. zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen und für eine ausgeglichenere Altersstruktur zu schaffen. Sie setzen ihre Schwerpunkte auf folgende Themenfelder:

Leitlinie1: Menschen in allen Bildungsphasen fördern und stärken
Leitlinie 2: Unterschiede anerkennen und Vielfalt stärken
Leitlinie 3: Bildungszugänge schaffen und Bildungsübergänge sichern, unabhängig von sozialräumlichen Besonderheiten
Leitlinie 4: Vielfältige Bildungsformen und -orte nutzen
Leitlinie 5: Familien als Bildungspartner wertschätzen
Leitlinie 6: Über den Tag hinaus denken und Bildung als kommunalpolitische Kernaufgabe gestalten
Leitlinie 7: Bildung gemeinsam verantworten

Sie zeigen Visionen, Werte und Ziele für die Leipziger Bildungslandschaft auf, geben Bildungsakteuren einen verbindlichen Handlungsrahmen vor und vermitteln Bürgerinnen und Bürgern Orientierung. Schulentwicklungs-, Kindertagesstättenbedarfs-, Kinder- und Jugendförderungs- oder Kulturentwicklungsplanung untersetzen als Fachkonzepte den strategischen Ansatz der ‚Bildungspolitischen Leitlinien'. Ihre stadträumliche Ausprägung findet sich im „Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft" des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (SEKo).

Leitlinie 1: Menschen in allen Bildungsphasen fördern und stärken

Leipziger Bildungsakteure folgen einem ganzheitlichen Bildungsbegriff und agieren vernetzt. Sie fördern lebenslanges Lernen, das in der Familie und mit frühkindlicher Bildung beginnt, über den Erwerb eines Schul- und Berufsabschlusses, das Nachholen von Abschlüssen, die Weiter- und Aufstiegsfortbildung bis hin zur Seniorenbildung reicht. In der Kindheit wird das Fundament für die Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsorientierung gelegt. Sie zielt ab auf das Wecken von Neugier, Interesse an Selbstentfaltung und auf die Entwicklung von Verantwortung für die Gestaltung der eigenen Bildungsbiografie als Schlüsselfaktoren für selbstbestimmtes lebens-langes Lernen. Um Bildungsübergänge gelingend zu gestalten und Brüche zwischen Bildungsphasen oder beim Wechsel von einer Bildungsinstitution in eine andere zu vermeiden, arbeiten alle Bildungsakteure anschlussorientiert. Priorität hat die Sicherung des Schul- bzw. Bildungserfolges. Das Wissen und die Kompetenzen Älterer werden zielgerichtet für das generationenübergreifende und lebenslange Lernen in den unterschiedlichen Bildungsphasen genutzt.

Leitlinie 2: Unterschiede anerkennen und Vielfalt stärken

Gelingende Bildung geht auf die individuellen Voraussetzungen von Menschen ein. Auf Grundlage eines inklusiven Verständnisses von Bildung wird die Verschiedenheit der Leipziger Bürgerschaft unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Nationalität, sozioökonomischem Status, geistigen, körperlichen und seelisch-emotionalen Bedingungen, Religionen, weltanschaulichen Orientierungen etc. als bereichernde Vielfalt wahrgenommen. Ausgehend von bestehenden Ausgangslagen werden Bildungsbarrieren, d. h. Ursachen, Formen und Strukturen für den Ausschluss von Bildungsteilhabe und von Diskriminierung reduziert.

Allen Bürgerinnen und Bürgern stehen mit ihren jeweils persönlichen Voraussetzungen gleiche Chancen offen, an Bildung teilzuhaben und ihre Möglichkeiten zu entwickeln. Auch überdurchschnittliche Leistungspotenziale werden systematisch durch die Entwicklung von speziellen Angeboten gefördert.

Leitlinie 3: Bildungszugänge schaffen und Bildungsübergänge sichern, unabhängig von sozialräumlichen Besonderheiten

Bildungspolitik und Bildungsangebote in Leipzig richten sich an den individuellen Bedürfnissen der Menschen und ihrem Lebensumfeld aus. Sie ermöglichen eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung unabhängig vom jeweiligen Stadtteil und beugen so ökonomischen, sozialen und kulturellen Benachteiligungen vor. Um die sozialräumliche Selektivität zu verringern und vorhandene Bildungspotenziale auszuschöpfen, werden in Stadtteilen, die durch Einkommensarmut und unterdurchschnittliche Bildungsbeteiligung von Bevölkerungsgruppen geprägt sind, verstärkte Anstrengungen unternommen. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Stadtteilen erfordern ein differenziertes Herangehen an die Entwicklung und Vernetzung von Bildungseinrichtungen und werden in der Bildungsplanung und -förderung berücksichtigt. Bildungsangebote und -träger wirken als Impulsgeber für die Stadtteilentwicklung.

Leitlinie 4: Vielfältige Bildungsformen und -orte nutzen

Bildung entfaltet Subjektivität, Eigensinn und soziales Bewusstsein. Gebildete Menschen sind das Fundament einer freien Gesellschaft. Lebenspraktische und politische, geistige und kulturelle Kräfte sind nicht angeboren. Sie werden in gesellschaftlich vermittelten Bildungsprozessen erworben: in Schule und Berufsausbildung, in Medien, Bibliotheken, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, in der Familie, mit Freunden und Gleichaltrigen und in ehrenamtlichen Aktivitäten. Die zahlreichen unterschiedlichen Facetten von Bildung als Grundlage für eine allumfassende individuelle Persönlichkeitsentwicklung werden anerkannt und in ihrem Zusammenspiel gestärkt. Ganzheitliche Bildung fördert Kompetenzen zur Bewältigung der Herausforderungen der persönlichen Biografie und eröffnet neue Erfahrungswelten.

Leitlinie 5: Familien als Bildungspartner wertschätzen

Familien haben heute vielfältige Erscheinungsformen. Diese veränderte Familienwirklichkeit verdient Beachtung, will man Familien als Bildungspartner stärken. Denn Familien als primärer Sozialisationsraum nehmen auch weiterhin die Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Bildungsbereitschaft und der Förderung von Bildungschancen ein. Familienfreundliche Strukturen vom frühkindlichen Bereich an unterstützen Eltern in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung und stärken die Gestaltung des Familienalltags.

Zielgruppenspezifische und für alle zugängliche niederschwellige Angebote der Familienbildung, -beratung und Elternarbeit befördern das Gelingen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages. Rahmenbedingungen für Familien in Leipzig werden weiter verbessert und ein familienfreundliches Bewusstsein in allen gesellschaftlichen Bereichen vorangetrieben.

Leitlinie 6: Über den Tag hinaus denken und Bildung als kommunalpolitische Kernaufgabe gestalten

Bildung ist das Kernelement zukunftsorientierter nachhaltiger Politik. Sie vermittelt Fähigkeiten zur aktiven Mitgestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Welt. Sie trägt zur Erhaltung der demokratischen Grundprinzipien bei, fördert kulturelle Vielfalt und sensibilisiert für die globalen Dimensionen lokalen Handelns. Die Leipziger Bürgerinnen und Bürger sind interkulturell und generationenübergreifend an den nachhaltigen Entwicklungsprozessen in der Stadt beteiligt. Solidarität und sozialer Zusammenhalt, umwelt-bewusste Lebensbedingungen und nachhaltige Wirtschaftsformen bilden ein Gesamtpaket. Die Stadt Leipzig nutzt die ihr zur Verfügung stehenden Gestaltungsspielräume zur Unterstützung nachhaltiger Entwicklungsprozesse, insbesondere im Hinblick auf die demografischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Leitlinie 7: Bildung gemeinsam verantworten
Leipziger Bildungsakteure arbeiten als eine Verantwortungsgemeinschaft an den Herausforderungen im Bildungsbereich. Die Bildungspartner begegnen sich regelmäßig und auf Augenhöhe mit dem Ziel, eine kommunale Bildungslandschaft als neue Dimension lokaler Bildungspolitik aufzubauen. Sie verpflichten sich auf gesamt-städtischer Ebene und in stadtteilspezifischen Bildungsnetzen zu einer kooperativen Zusammenarbeit. Durch geeignete Kommunikationswege wird bürgerschaftliches Engagement eingebunden und eine Beteiligung der Leipziger Bürgerschaft bei der Gestaltung von Bildungsprozessen gewährleistet. Auf Bildung bezogenes Verwaltungshandeln bedeutet enge Kooperation der verschiedenen Struktureinheiten. Dabei werden die Zuständigkeiten der Fachämter gewahrt. Die Bedeutung von Bildung wird durch frühzeitiges und partnerschaftliches Zusammenwirken in verwaltungsübergreifenden Gremien erhöht. Kommunale Planungs- und Förderinstrumente werden abgestimmt und gebündelt und so die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine ausgewogene vernetzte Bildungsinfrastruktur gesetzt.

Eine solche Form des kommunalen Bildungsmanagements unterstützt nachhaltige Entwicklungsprozesse, sorgt für Wissenstransfer, fördert die Qualität und die Wirksamkeit von Bildungsangeboten und achtet auf den zielgerichteten Einsatz von Ressourcen.

Gefördert von:

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

ESF
Europäischer Sozialfonds
für Deutschland

EUROPÄISCHE UNION

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
und aus dem Europäischen Sozialfond der Europäischen Union gefördert.